

1 **Gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundestages, des**
2 **Abgeordnetenhauses, der Bürgerschaften und der Landtage sowie der SPD-**
3 **Abgeordneten im Europäischen Parlament, 18.-19. November 2019**

4
5 **Demokratie stärken**

6 Durch die aktuellen rechtsextremistisch motivierten Vorfälle wird deutlich, dass unsere
7 Demokratie bedroht ist. Und zwar durch Rechtsextremisten, deren Ziel die Zerstörung unserer
8 freien, offenen und vielfältigen Gesellschaft ist.

9 Das demokratische Miteinander in den Herzen und Köpfen aller ist das Rückgrat unserer
10 wehrhaften Demokratie. Es ist Aufgabe aller staatlichen Ebenen, diese bestmöglich gegen
11 demokratiefeindliche Bewegungen und Ansichten zu verteidigen.

12 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Europa, im Bund und in den Ländern
13 werden deshalb den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie konsequent
14 stärken und entschlossen schützen.

15
16 **Wir fördern Engagement, Mut, Zivilcourage und Konfliktfähigkeit**

17 Gute politische Bildung macht stark gegen die menschenfeindliche Argumentation der
18 Rechtsextremisten. Deshalb werden wir auf allen staatlichen Ebenen die inner- und
19 außerschulische politische Bildung und Demokratieerziehung stärken.

20 Diejenigen, die sich für unsere Demokratie engagieren, werden wir mit aller Kraft unterstützen.
21 Dazu soll zum Beispiel das von sozialdemokratischen Ministerinnen initiierte
22 Bundesprogramm „Demokratie leben!“ auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Das
23 schafft Planungssicherheit für die engagierten und mutigen Menschen im Kampf gegen
24 Rechtsextremismus. Menschen, die sich für unser friedliches Zusammenleben engagieren,
25 verdienen unsere Anerkennung, unseren Respekt und besonderen staatlichen Schutz.
26 Demokratieförderung und politische Bildung gehören sowohl in die Ballungsräume als auch in
27 den ländlichen Raum. Sie müssen generationenübergreifend und inklusiv sein. Wir setzen auf
28 strukturelle, langfristige Förderungen.

29 Möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sollen sich auf allen Ebenen an der demokratischen
30 Willensbildung beteiligen. Deshalb setzen wir uns unter anderem für die Absenkung des
31 Mindestwahlalters auf 16 Jahre ein. Je mehr Menschen sich beteiligen, desto lebendiger ist
32 unsere Demokratie.

33 Neue Beteiligungsformen können unsere parlamentarische Demokratie ergänzen. Egal ob
34 „Runder Tisch“ oder „Bürgerrat“ – die Bürgerinnen und Bürger möchten gehört werden. Auf
35 kommunaler Ebene funktionieren diese Beteiligungsformen vielfach schon gut, auf
36 Bundesebene lohnt sich ein Testlauf. Neue Beteiligungsformen können in Ergänzung und
37 Verzahnung mit dem parlamentarischen Verfahren viele positive Impulse bringen.

38 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen dabei vor allem auch die Menschen
39 erreichen, für die hohe „Beteiligungshürden“ bestehen - aufgrund von Existenzsorgen, eines
40 angespannten Wohnumfeldes, der Sprache und der kulturellen sowie politischen Erfahrungen
41 etc.

42 Sie wollen wir in den Prozess einbinden und ihr Vertrauen gewinnen. Sonst werden sich diese
43 Menschen noch weiter von der Politik und gesellschaftlicher Beteiligung entfernen. Unsere
44 Schlussfolgerung aus der Vertrauenskrise ist nicht die Preisgabe der Demokratie, sondern ein
45 Bekenntnis zu einer gestärkten, modernen, repräsentativen Demokratie.

46 Wir wollen die „Expertenkommission Bürgerbeteiligung“ einsetzen. Sie soll noch in dieser
47 Wahlperiode eingerichtet werden. Dabei werden wir es aber nicht belassen, sondern wir

48 werden ihre Arbeit begleiten und die Ergebnisse in unser politisches Handeln einfließen
49 lassen.

50 Wir wollen Freude an der Demokratie wecken. Das beinhaltet ein zeitgemäßes und langfristig
51 ausgelegtes Konzept. Als einen Weg dahin unterstützen wir den Vorschlag des
52 Bundespräsidenten, neue Runde Tische in den Bundesländern und im Bund zu installieren.
53 Es geht darum, gesellschaftliche Bedürfnisse aufzunehmen, gesellschaftliche Diskussionen
54 zu kanalisieren, mögliche Widersprüche zu lösen und friedlich in konkretes Handeln zu
55 überführen.

56

57 **Mehr soziale Gerechtigkeit**

58 Der großen Mehrheit in Deutschland geht es gut. Aber viele spüren auch, dass es in unserer
59 Gesellschaft nicht überall gerecht zugeht, dass sich Risse auftun. Dem müssen und dem
60 wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch eine Politik entgegenwirken, die
61 den Zusammenhalt in unserem Land stärkt: Durch sichere und gute Arbeitsplätze, gute und
62 gleiche Bildungschancen, genügend bezahlbarem Wohnraum und nicht zuletzt durch mehr
63 Respekt vor der Lebensleistung von Menschen. Deshalb haben wir u.a. neue Chancen für
64 Langzeitarbeitslose durch den sozialen Arbeitsmarkt geschaffen, das Gute-Kita-Gesetz auf
65 den Weg gebracht und deshalb machen wir uns für eine Grundrente stark, die Lebensleistung
66 anerkennt.

67 Solidarität, Zusammenhalt, Menschlichkeit – das sind die Grundsätze für unseren Sozialstaat
68 der Zukunft. Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf allen staatlichen Ebenen
69 erneuern und für die Zukunft stärken.

70

71 **Demokratie gegen Angriffe schützen**

72 Angriffe auf Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind eine dauerhafte
73 Herausforderung für unsere Gesellschaft. Unsere Demokratie muss wehrhaft bleiben.

74 Die Verrohung der politischen Debatte durch rechtspopulistische und rechtsextreme Hetzer
75 hat dazu geführt, dass Gewalttäter sich durch Worte bestärkt fühlen. Daraus wuchsen Taten
76 bis hin zu Mord und Terrorakten. Wer zum geistigen Brandstifter wird, der muss sich einer
77 starken demokratischen Gesellschaft gegenübersehen, die diese Hetze ächtet. Es muss klar
78 sein, dass unsere Gesellschaft Gewalt nicht duldet, egal von wem sie ausgeht, gegen wen sie
79 sich richtet und wie sie begründet wird.

80 Wir sorgen für eine verbesserte Bekämpfung von Hasskriminalität im Netz und verschärfen
81 das Waffenrecht.

82 Rechtsextremismus und Antisemitismus treten wir mit allen Mitteln des Rechtsstaats
83 entgegen. Wer im Netz hetzt und droht, soll künftig härter und effektiver verfolgt werden. Der
84 Verfassungsschutz muss rechtsradikale Parteien, die ihre Demokratiefeindlichkeit offen
85 zeigen, flächendeckend in Bund und Ländern beobachten bzw. überwachen.

86 Um Rechtsextremismus, Terrorismus, Rassismus, Antisemitismus und weiteren demokratie-
87 und menschenfeindlichen Phänomenen entgegenzutreten, bedarf es der gemeinsamen
88 Anstrengung von Zivilgesellschaft und Staat.